

Dirk Niebel MdB

Generalsekretär der Freien Demokratischen Partei

Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen e. V.
Herrn Tobias Kemnitzer
Geschäftsführer
Torstr. 231
10115 Berlin
Tobias.kemnitzer@bagfa.de

Berlin, 14. September 2009

voe

Sehr geehrter Herr Kemnitzer,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 25. August 2009. Für die späte Antwort bitte ich um Entschuldigung. Gerne möchte ich für die FDP zu Ihren Wahlprüfsteinen Stellung nehmen.

1.

Im Nachgang zu der in der 14. Wahlperiode eingesetzten Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ wurde seit 2002 der Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ im Bundestag etabliert. Durch die seither andauernde parlamentarische Diskussion und Befassung mit der Thematik, sind die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement insgesamt deutlich verbessert worden. Auch Länder und Kommunen haben die Belange der Engagierten mehr in den Focus des öffentlichen Interesses gerückt und zur Verbesserung der Bedingungen kontinuierlich beigetragen. Obgleich noch immer großer Verbesserungsbedarf besteht, ist jedoch ein gesellschaftliches Klima entstanden, welches offen für die Belange des Bürgerschaftlichen Engagements auf allen Ebenen der Gesellschaft ist.

2. - 5.

a) Die von der FDP geforderte Aussetzung der Wehrpflicht bedeutet auch das Aus für den Zivildienst. Das Niveau der sozialen Leistungen, die Zivildienstleistende erbringen, soll aufrechterhalten werden. Daher ist es notwendig, die Strukturen der Sozialdienste bereits heute an die Zeit ohne Zivildienst anzupassen. Die FDP will hierfür neben der Förderung von ordentlichen Beschäftigungsverhältnissen die vorhandenen Potenziale für ehrenamtliches Engagement besser erschließen und fördern, wie z. B. mehr Plätze bei den Jugendfreiwilligendiensten (FSJ) zu schaffen. Die Nachfrage nach diesen Plätzen übersteigt bereits heute das vorhandene Angebot deutlich. Hierfür will die FDP für einen begrenzten Zeitraum Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt gewähren, d. h. die Haushaltsmittel für den Zivildienst sollen für gezielte Beschäftigungsförderung im Sozialbereich und zum Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements verwendet werden.

b) siehe Frage 12

Freie Demokratische Partei - Thomas-Dehler-Haus - Reinhardtstraße 14 - 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 28 49 58 81 / -83 Telefax: 28 49 58 82 - E-Mail: niebel@fdp.de

Deutschland braucht den Wechsel – Ihre Spende für eine bessere Politik
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00, Konto Nr.: 26 72 82 200

c) Die FDP will das bürgerschaftliche Engagement fördern und dessen Rahmenbedingungen verbessern. Um das Potenzial besser zu erschließen, brauchen wir eine Infrastruktur und unterstützende Rahmenbedingungen für das Ehrenamt. Unterstützende Organisationsleistungen, aber auch die gesellschaftliche Wertschätzung freiwilligen Engagements, müssen hierbei stark verbessert werden.

Die FDP will neue innovative Ansätze des bürgerschaftlichen Engagements fördern. Zum quantitativen Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements muss auch der qualitative Ausbau treten. Hierzu gehört eine das Engagement unterstützende Infrastruktur. Freiwilligenagenturen und Seniorenbüros bilden dabei wesentliche Elemente. Den Aufbau von engagementfördernden Strukturen, insbesondere Informations- und Beratungsangebote auf kommunaler Ebene, z. B. Freiwilligenagenturen etc., die sowohl beratend als auch vermittelnd tätig werden, halten wir für dringend geboten.

6.

Eine freie Demokratie lebt von aktiven Bürgerinnen und Bürgern. Ziel der FDP ist die Schaffung von Freiräumen für bürgerschaftliche Organisationen. Dies fördert die Freisetzung von Kreativität und trägt dazu bei, dass sich private Initiative entfalten kann.

7.

Eine Änderung der bisherigen Vorgehensweise ist von einer Einzelfallprüfung abhängig.

8.

Freiwilligendienste sind eine besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Dies spiegelt sich auch in juristischen Sonderbestimmungen wider.

9.

Die Freiwilligendienste aller Generationen (FaG) starteten Anfang 2009. Die FaG lösten damit das Modellprogramm „Generationenübergreifender Freiwilligendienst“ (GüF) ab.

Im Januar 2004 hat die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eingesetzte Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“ in ihrem Abschlussbericht die Einrichtung von neuen generationsübergreifenden Freiwilligendiensten (GüF) für alle Altersgruppen empfohlen. Bei dieser neuen Form der Freiwilligendienste sollten insbesondere die Lebenserfahrung und die besonderen Potenziale der älteren Generation gezielt genutzt werden. Unter Einbindung sowohl des klassischen Vereins- und Verbandslebens als auch neuer Formen des bürgerschaftlichen Engagements sollten Freiwilligendienste künftig für alle Altersgruppen, für Frauen und Männer in der Erwerbs- wie in der Familienphase sowie generationsübergreifend angeboten werden. Dies sollte nicht zuletzt ein neues Miteinander der Generationen ermöglichen und eine neue Kultur der selbstverständlichen Freiwilligkeit stärken.

Auf dieser Grundlage wurde für die Jahre 2005 - 2008 das bundesweite Modellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“ mit 52, zum Teil mehrgliedrigten Projekten gestartet.

Die FDP sieht es kritisch, dass – nachdem sich im GüF nach einigen Anlaufschwierigkeiten gerade tragfähige Strukturen bei Trägern und Einsatzstellen herausgebildet

hatten – das alte durch ein neues Modellprogramm abgelöst wurde, ohne die Frage zu beantworten, ob und wie die entstandenen Strukturen verstetigt werden könnten.

Der Bund darf sowohl aus haushaltsrechtlichen Gründen als auch aufgrund seiner nicht vorhandenen Zuständigkeit gemäß dem Grundgesetz eine Dauerfinanzierung nicht vornehmen. Vor diesem Hintergrund sollte mit allen Akteuren die Sinnhaftigkeit solcher Projekte grundlegend diskutiert und gemeinsam Lösungsmöglichkeiten erarbeitet werden.

10.

In Zeiten des demografischen Wandels und der immer prekäreren Situation der öffentlichen Haushalte wird die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements zukünftig noch weiter zunehmen.

Es darf beim ehrenamtlichen Engagement nicht darum gehen, den Staat zu entlasten. Der wichtigste Grund, warum es sich lohnt, das Ehrenamt zu fördern, ist seine Bedeutung für unser Gemeinwesen. Ehrenamtliches Engagement ist praktizierter Gemeinsinn, was bedeutet, nicht nur an sich selbst zu denken, sondern für andere Menschen aktiv zu werden.

Bund, Länder und Kommunen müssen daher alles daran setzen, aktive Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen und zu fördern.

11.

Gerade für Liberale ist das „unternehmerische bürgerschaftliche Engagement“ ein bedeutender Teil unserer Gesellschaft, der noch zu wenig ausgeprägt ist. Ein Blick ins Ausland zeigt, dass es beispielsweise in den USA für Unternehmen extrem prestigeträchtig ist, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Dort ist es durchaus selbstverständlich, dass Arbeitnehmer für gewisse bürgerschaftliche Aktivitäten freigestellt und vom Unternehmen weiterhin bezahlt werden. In Deutschland fehlt bisher diese Kultur. Eine solche Kultur wird sich aber nur über gesellschaftliches Prestige und Anerkennung herausbilden können.

Diese Anerkennung ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Medien, Verbänden und Gesellschaft.

Aufgabe des Gesetzgebers ist es dabei, diese Aktivitäten zu unterstützen und eventuelle Hindernisse zu beseitigen. So liegt z. B. nach Auffassung des BMF bzw. eines Finanzamtes in der kostenlosen Überlassung von Telefondienstleistungen der Deutschen Telekom an die Telefonseelsorge ein der Umsatzsteuer unterliegendes Tauschgeschäft vor. Das BMF konstruiert aus dem bürgerschaftlichen Engagement von Unternehmen nun tauschähnliche Umsätze, da z. B. auf der Internetpräsenz der Telefonseelsorge darauf verwiesen wird, dass die Telekom der Partner der Telefonseelsorge ist. Die FDP lehnt diese Entwicklung ab und tritt entschieden dagegen an.

12.

Bereits die Enquete-Kommission „Bürgerschaftliches Engagement“ hat darauf hingewiesen, dass dem bürgerschaftlichen Engagement für die gesellschaftliche Integration von Minderheiten und Migranten eine wichtige und zumeist unterschätzte Rolle zukommt. Allerdings sind die Erkenntnisse zum bürgerschaftlichen Engagement von Migrantinnen und Migranten und das daraus resultierende Integrationspotenzial immer noch bruchstückhaft.

In der Vergangenheit hat die Bürgergesellschaft teilweise die Lücken gefüllt, die dadurch entstanden, dass die Politik Deutschland nicht als Einwanderungsland anerkannt hat. Kommunen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, Gewerkschaften, soziale Verbände, private Initiativen, Migrantenorganisationen, Bildungsträger und andere Institutionen haben zahlreiche Maßnahmen zur Integration von Zuwanderern konzipiert und durchgeführt. Bürgerschaftliches Engagement soll und wird auch künftig eine zentrale Rolle bei der Integration spielen. Die Gesellschaft ist insgesamt und jeder Einzelne als Teil dieser Gesellschaft ist gefordert, daran mitzuwirken, dass Integration gelingen kann. Für die FDP bedeutet dies, dass wir uns wünschen, dass die Akteure des Bürgerschaftlichen Engagements bei ihren Aktivitäten und Projekten die Pluralität unserer Gesellschaft aufgreifen und ausfüllen und den Integrationsgedanken in die Mitte der Gesellschaft tragen.

Mit freundlichen Grüßen
